

Schöster Tag.
Vormittags-Sitzung.
Genä, den 23. September 1905.

Singer eröffnet die Verhandlungen und teilt offiziell das Resultat der Abstimmung über die Resolution Wabel mit. Danach ist sie mit 288 gegen 14 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen worden.

In einer Zuschrift an den Parteitag berichtet Fischer von Dresden dagegen, daß Robert Schmidt über Mittel aus der „Neuen Zeit“ dem Wortlaut und Sinne noch falsch urteilt habe.

Auch die Redaktion des „Hamburger Echo“ verzichtet sich in einer Zuschrift an den Parteitag dagegen, daß Schmidt es so dargestellt habe, als habe es die Mitglieder des Gewerkschaftskongresses angegriffen.

Der Parteitag tritt in die Tagesordnung ein.

Der Bericht der Organisationskommission

erstattet Wolfmar: Die Kommission hat nach dem Auftrage des Parteitages die Fänge der Organisation noch einmal eingehend in vier Sitzungen geprüft, ist aber, abgesehen von redaktionellen Änderungen und Umstellungen des Paragraphen, nur zu geringen Abweichungen von der Vorlage gelangt. Die Bestimmungen über den Ausschluß und die Wiederaufnahme sind nach vielfach geäußerten Wünschen an den Schluß statt an den Anfang gesetzt worden. Die verschiedenen Anträge, Ausnahmen von dem territorialen Geltungsbereich und der Wahlberechtigungszugehörigkeit zu schaffen, sind im Interesse der notwendigen Einheit der Wahlvereine abgelehnt worden. Man hat sich darauf verlassen, daß die Praxis die notwendigen Ausnahmen schon durchsehen werde. Die umfangreichsten und lebhaftesten Auseinandersetzungen rief in der Kommission die Frage hervor, ob durch die direkte Abführung der Gelder und die direkte Ueberführung der Berichte an den Parteivorstand nicht eine Menge unnötiger und zweckwidriger Arbeit geschaffen werde, wie die Minderheit ausführte, dadurch die Bezirks- und Landesorganisationen entschieden geschwächt würden. Die Mehrheit hat aber im Interesse der Zentralfunktion großen Nachdruck gerade auf diesen direkten Verkehr gelegt. Nebenbei haben die Bezirks- und Landesorganisationen die Möglichkeit, ganz nach eigenem Bedürfnis die Beiträge festzusetzen. Deshalb sind auch die Anträge auf Schaffung von Einzelbeiträgen und Einheitsmarken abgelehnt worden. Der Anteil des Vorstandes ist auf 20 Prozent der Mitgliedsbeiträge ermäßigt worden (statt 25 Prozent im Entwurf), die Eintrittsgelder verbleiben vollständig bei den Wahlvereinen. So wurde mit 14 Stimmen von 23 der ganze Paragraph angenommen. Ueber den Antrag, bei Domizilwechsel nicht neues Eintrittsgeld zu erheben, ist die Kommission zur Tagesordnung übergegangen, weil sie es für selbstverständlich hielt. Durch eine präzisere Fassung der Bestimmungen über das Verträuensmännersystem ist die Möglichkeit des Nebeneinanderbestehens dieser Organisationsform und der vorkommenden Wahlvereinsform ausgeschlossen worden. Jeden Zwang zur Anstellung weiblicher Vertrauenspersonen haben wir vermeiden wollen; es soll nur ein moralischer Druck ausgeübt werden. Das allgemeine Delegationsrecht hat die Kommission beibehalten. Die teilweise Vertretung der Reichstagsfraktion ist im gänzlich unannehmbar. Die Zahl der Schriftführer im Parteivorstande ist freigelassen worden, damit nicht bei jeder Vermehrung der Vorstandsmitglieder eine Statutenänderung notwendig ist. Nach einer Anregung sollen künftig auch die Mitglieder das Recht haben, die Vorstandsmitglieder zu vertreten. Bei dem neugeschaffenen Recht des Parteivorstandes zur Bestenentscheidung über Reichstagskandidaturen war beantragt, das prinzipielle Recht der Wahlvereine an die Spitze zu stellen, ihren Kandidaten selbständig zu wählen. Die Kommission hat das abgelehnt, weil dieses Recht selbstverständlich immer geübt und von keiner Seite bestritten worden ist. Der „Vorwärts“ ist gegen eine Stimme als Zentralorgan erhalten worden. Die Zahl der Schiedsrichter beim Ausschlußverfahren ist auf 7 festgesetzt worden. Anträge auf Wiederaufnahme müssen künftig schon in den Druckfächer zum Parteitage stehen. Die Schiedsgerichte sollen in Zukunft wie bisher nur auf Ausschluß nicht auf Mängel erkennen können. Schließlich habe ich Sie, im Interesse unserer Beratungen namens der Kommission um en bloc - Annahme des sorgfältig vorbereiteten Statuts zu bitten.

Vors. Singer: En bloc - Annahme ist nur zulässig, wenn niemand Widerspruch erhebt.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Abler - Kiel: Im Auftrage einer Anzahl Genossen aus dem Süden und aus dem Norden habe ich zu erklären, daß wir in Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Parteitages der en bloc - Behandlung des Entwurfs des Organisationsstatuts nicht widersprechen wollen. Einzelnen Bestimmungen in dem Kommissionsentwurf in bezug auf die Bezirks- und Landesorganisationen können wir nicht zustimmen. Wir werden uns unter diesen Umständen der Abstimmung enthalten.

Wels - Berlin: Wir Berliner bedauern, die „Vorwärts“-frage nicht vom Parteitage entscheiden lassen zu können. Wir hoffen aber, daß unsere schon sprachwörtliche Bescheldeneit (Heiterkeit) zur rascheren, friedlicheren Lösung der Frage beitragen wird.

Dr. Lindemann erhebt Widerspruch gegen die en bloc - Annahme.

Die Diskussion wird eröffnet.

Das Wort erhält Dr. Lindemann: 80 Genossen nicht nur aus ganz Süddeutschland, sondern auch aus dem Norden haben gegen die Schwächung der Landesorganisationen die schwersten Bedenken und müssen die Verantwortung für das neue Statut ablehnen. Da Genosse Singer uns nicht gestatten wollte, unsere Erklärung zu motivieren, habe ich den Widerspruch erhoben.

Singer: In einer Geschäftsordnungsbemerkung konnte ich keine Kritik der Kommissionsbeschlüsse zulassen.

Abler - Kiel: Auch wir fürchten einen mechanischen statt eines organischen Aufbaues der Organisation. Aber wir halten uns gebunden durch unser Übereinkommen, in diesem Stadium der Verhandlungen nicht mehr zu widersprechen.

Nach kurzer Debatte wird das Organisationsstatut im ganzen mit großer Mehrheit angenommen.

Es wird auf Vorschlag der Kommission beschlossen, einen

Schriftführer mehr im Parteivorstand mit gleichem Gehalt wie die bisherigen anzustellen.

Es folgt die

Berichterstattung der 15er-Kommission.

Sie schlägt folgende Resolution vor:

Der Parteitag erkennt an, daß die Pressekämpfe der jüngsten Zeit nicht als „Literaten-Ketzerei“ anzusehen sind, daß ihnen vielmehr erste sachliche, insbesondere auch prinzipielle Meinungs-Differenzen zu Grunde liegen. Demersprechend ist es auch anzuerkennen, daß die den Parteitag der Pressekämpfe beherrschenden Streitfragen an sich einer öffentlichen Diskussion bedürftig sind.

Der Parteitag erkennt ferner an, daß die stehenden Teile von dem Bestreben erfüllt gewesen sind, der Partei nach bestem Wissen zu dienen.

Was dagegen die Form betrifft, so hat die Diskussion zum Teil geführt, so ist sie auf das Schicksal zu mitschuldig. Mit aller Entschiedenheit erhebt der Parteitag Einspruch gegen eine geistliche, die persönliche und die Parteiführung von Genossen vererbende Art der Diskussion, durch welche auch der Agitation im Lande die größten Schwierigkeiten berührt werden.

Der Parteitag erklärt deshalb mit allem Nachdruck, daß jeder Art der Diskussion ein Ziel zu setzen ist, daß aber selbstverständlich der sachlichen Kritik der feinste Spielraum gelassen werden muß.

Zur Erreichung dieses Zweckes fordert der Parteitag 1. Die Parteischriftsteller und Redakteure unserer der Parteikontrolle unterstellten Parteivorgane haben in erster Linie ihre Aufgaben in der prinzipiellen Aufklärung der Arbeitermassen sowie in der Bekämpfung der politischen Gegner zu sehen.

2. Die prinzipielle Aufklärung hat entsprechend den Grundzügen des Parteiprogrammes im Sinne der Dresdener Resolution zu erfolgen.

3. Kritische Untersuchungen des Parteiprogramms sind tunlichst in der „Neuen Zeit“ zu veröffentlichen, die zu diesem Zwecke erforderlichenfalls zu erweitern ist.

4. Die Preschkommissionen sind dafür zu sorgen, daß in den ihrer Aufsicht unterstellten Parteiblättern nicht von neuem die oben verurteilte Art der Polemik Platz greift.

5. Unbeschadet der Rechte der Preschkommissionen hat der Parteivorstand unter voller Wahrung der freien Meinungsäußerungen die Verpflichtung, auf die Beobachtung vorstehender Beschlüsse rechtzeitig vermittelnd hinzuwirken.

Die 15er-Kommission:

Baader - Berlin, Dieb - Stuttgart, Ebert - Bremen, Ernst - Berlin, Frank - Mannheim, Haase - Königsberg, Hengsbach - Köln, Kleemann - Leipzig, Nothke - Breslau, Schmidt - München, Schwarz - Lübeck, Seger - Leipzig, Sperka - Stuttgart, Stolter - Hamburg, Wolderath - Berlin.

Zur Begründung führt der Berichterstatter Dieb - Stuttgart aus: Wir haben in stundenlangen Verhandlungen die beteiligten Personen gehört und sind einstimmig nach gründlicher Beratung zu dem vorliegenden Antrage gelangt. Es hat sich z. B. bei dem Massenstück nicht um Literatengegenschäft gehandelt, sondern um erste tatsächliche Fragen. Über vernachlässigt sind es doch persönliche Streitigkeiten geworden. Man sollte, wie das „Hamburger Echo“ mit Recht sagt, den Gegner nicht gleich „Parteierräter“, „Parteierrerber“, aber auch nicht gleich „Parteiapostel“ scheitern oder von der „heiligen Familie von Friedenau“ oder vom „großen General von Steglitz“ sprechen. Erforderlichenfalls soll zu theoretischen Erörterungen lieber die „Neue Zeit“ verwendet werden, deren Umfang bei gleichem Preise zu erweitern ist. Da bei möchte ich Kantsch persönlich bitten, schon angesichts dieser verträglichen Resolution gegenseitige Meinungen besser zu ertragen. Die Verzerrung der Artikel mit Fuhnoten und Anhängeln schafft ihm nur unnütze Feinde. Beim Vorlesen von Preschkommissionen soll wie bisher der Parteivorstand vermittelnd eingreifen. Nehmen Sie unsere Resolution debattellos an. Sie ist aus dem heiligsten Bemühen hervorgegangen, der Parteientwicklung förderlich zu sein. (Beifall.)

In der Diskussion führt Wolf - Bochum aus, daß die Literatenspezifitäten besonders im Ruhrgebiet der Partei geschadet hätten. Den Hauptteil des Erfolges bei der Effener Wahl trägt Sie und die viel angegriffene „Bergarbeiterzeitung.“ (Widerpruch.)

Ein Schlusstrag wird von Häntsch mit dem Hinweis darauf betätigt, daß es unerlässlich sei, die völlig schiefen Ausführungen von Wolf über das Ruhrgebiet richtigzustellen.

Der Schlusstrag wird jedoch angenommen.

Die Resolution der Kommission wird gegen wenige Stimmen genehmigt.

Es folgt die

Beratung der Anträge.

Genügend unterstützt und angenommen wird nach kurzer Begründung durch Gruhl - Neuwieser folgender Antrag der Parteigenossen der Wahlkreise Dissenbach - Dieburg, Hanau - Selnhansen - Orb und Teltow - Wees - Low: Dem Parteivorstand zu beauftragen, halbmonatlich ein Flugblatt für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands herauszugeben, in welchem auf die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion für die Forderungen der Gewerkschaften hingewiesen wird. Dieses Flugblatt ist den in Betracht kommenden Gewerkschaftsblättern als einmalige Beilage zur Verfügung zu stellen.

Gegen den Antrag Krause - Neuruppin: „Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft bei Reichstags-, Landtags- und Stadtverordneten- oder Gemeindevahlen Kompromisse mit anderen Parteien zur Erhaltung von Mandaten in den oben genannten Körperschaften nicht mehr geschlossen werden dürfen, da die Erfahrung gelehrt hat, daß trotz aller Kompromisse die bürgerlichen Parteien im entscheidenden Moment sich immer für die reaktionären Anschläge und Feinde der Sozialdemokratie entschieden haben“, wendet sich

Bebel: Er habe Kompromisse stets aufs eifrigste bekämpft, aber so einfach sei die Frage doch nicht, z. B. in Bayern und manchen Gemeinden. Das bayerische Kompromiß sei jetzt durchaus zu billigen. Jedenfalls wünte diese Frage einmal als besonderer Punkt auf einem Parteitage verhandelt werden.

Der Antrag wird zurückgezogen.
Vors. Singer teilt ein Telegramm mit, wonach bei der nächsten Landtagswahl der 37. läubliche Wahlkreis gewonnen worden ist. Genosse Gotschke hat 51, die demokratischen Gegner 50 Stimmen erhalten. (Stärklicher Beifall.)
Es folgen die Anträge zum Punkt

Presse.

In dem Antrag Nürnberg - Altdorf und Götterwig, das „Neue Wort“ ein Inhaltsverzeichnis beizugeben, teilt der Parteitag mit, daß dies in Betracht genommen wird.

Ueber die bessere sprachliche Ausgestaltung der Parteivorgänge durch den „Bayerischen Jakob“ werden dem Parteivorstand zu Rat und Berathung überlassen.

Der Antrag Hege - Spandau: „Der Parteitag bewilligt die Parteigenossen erneut auf die „Neue Zeit“ hin zu verweisen, die zur energetischen Agitation für dieselbe. — Im Interesse einer geistlichen theoretischen Durchbildung der Parteigenossen wird der Parteivorstand empfohlen, der Partei tätigen Genossen und Genossinnen regelmäßig eine Anzahl Exemplare der „Neuen Zeit“ aus Parteinoten zu beschaffen, wird mit großer Mehrheit angenommen, nach dem Antragsteller in seiner Begründung, er habe vorher hingewiesen, daß Parteigenossen nicht nur für die „Sozialistischen Monatshefte“ schreiben dürfen, sondern auch an der „Neuen Zeit“ mitarbeiten sollten.

Der Parteitag erhebt auch die Verlesung des folgenden Antrages von Parteigenossen in Spandau und Staaten: „Die Sozialdemokratie aller Länder möge in den gesetzgebenden Körperschaften darauf hinwirken, daß eine vom Kongress noch näher zu bestimmende Sprache (in Betracht wohl Französisch, Englisch oder Deutsch) zur internationalen Uebersetzung in die Sprache erhoben und in den Lehrplan der öffentlichen Schulen neben dem Studium der eigenen Landessprache aufgenommen wird. Wo Arbeiter-Bildungsschulen schon vorhanden, möge das Studium dieser Weltsprache mit Eifer betrieben werden. Es dürfte sich auch empfehlen, daß sich alle Arbeiterkorporationen der Sache intensiv widmen, um bei internationalen Zusammenkünften die Verhandlungen in dieser Weltsprache führen zu können“, der nicht unterstützt wird.

Welterhin liegen noch zwei Resolutionen vor.

Die eine, gestellt von Wolf - Bochum, Frankfurt lautet: „Der Parteitag protestiert auf das Entschiedenste gegen die Anwendung des Bergius - Swanages für Redakteure und alle anderen bei der Presse beschäftigten Personen, wie sie neuerdings wieder von Seiten des Frankfurter Schöffengerichts gegen den Redakteur der „Frankfurter Volkstimme“ und Stadtverordneten Otto Bielowski beliebt wurde.“

Der Parteitag erörtern in dieser Maßregel, die Preisgebung des Redaktionsgeheimnisses erzwingen zu wollen, die Zumutung einer unwürdigen Handlung, die durch keine gesetzliche Bestimmung gestützt sein dürfte.

Der Parteitag erhebt daher unsere Reichstagsfraktion, im deutschen Parlament erneut eine schnelle, zeitgemäße Reform der Pressegesetz, des Strafrechts und des Pressekrieges zu fordern.

Nach kurzer Begründung wird sie einstimmig angenommen.

Die andere Resolution ist die bereits mitgeteilte Sympathie und Abgebung für die russische Revolution.

Zur Begründung erhält Wabel das Wort: Es würde geradezu auffallen, wenn wir hier versammelten Vertreter des deutschen Volkes nicht das Treiben des russischen Barismus brandmarken, den Kämpfern gegen ihn unsere Sympathie ausdrücken. Mit gespanntem Interesse folgt die internationale Sozialdemokratie den Worten und unser Fühlen und Denken bringt die Resolution hinsichtlich zum Ausdruck. Aber wie sind jetzt durch den Justizmord, der an Rasprjal verübt wurde, an diesen Vorgängen noch besonders interessiert. Wir hatten eine scharfe Protestresolution vorbereitet gegen die Verlesung der Gesehe, die selbst in einem halbbarbarischen Staate gehalten werden sollten, als das Antwortschreiben des Staatssekretärs eintraf. Wir sind der Auffassung, daß diese Antwort weder dem richtigen Ton noch die richtigen Gründe gefunden hat. Aber da dieses Schreiben sich auf eine ganze Reihe von Bestimmungen des russischen Gesehes stützt, deren Richtigkeit und Zutreffendheit wir in dieser Situation nicht feststellen vermöchten, haben wir deshalb die spezielle Protestresolution gegen den Justizmord Rasprjals zurückgezogen. Wir werden erst in Berlin bei Männern anfragen, die die russischen Gesehe genau kennen und die Sache im Reichstags zur Sprache bringen. Bürgerliche Blätter, insbesondere die „Frankfurter Zeitung“, haben fälschlich behauptet, der deutsche Parteivorstand habe Rasprjal übel mitgespielt. Wir haben nicht Rasprjals opfermutiges Eintreten für die Partei hier wie in Rußland alle die 20 Jahre seiner Parteitätigkeit hindurch voll gewürdigt. Im Lode hat er dieselbe Würde gezeigt wie im Leben. Schwer trank, als er zum Galgen geführt wurde, hat er noch die hinreißende Melodie der „Roten Fahne“ angestimmt. Seine letzten Worte waren: „Gott die Revolution!“ Es war ein Leben, dem wir die höchste Bewunderung zollen müssen. Wir erfüllen eine Pflicht der Dankbarkeit gegen diesen Mann, wie gegen alle die Männer und Frauen, die als Helden und Märtyrer ihrer Ueberzeugung gestorben sind, wenn wir uns zu ihren Ehren von den Plätzen erheben.

Die Anwesenden erheben sich von ihren Sitzen.

Die Resolution wird unter lebhaften Zustimmungsbegründungen einstimmig angenommen.

Der Vors. Singer teilt die Landtagswahlresultate aus Dissenbach mit. Danach sind im Wahlkreis 744 sozialdemokratische und 141 gegnerische, im Kreise Gelpens 408 sozialdemokratische und keine gegnerische Stimmen abgegeben worden. Der Parteitag dankt den Dissenbacher Genossen für ihre treueste Arbeit. (Beifalliger Beifall.)

Es bleiben noch die Anträge, die sich auf Tagesordnung und den Ort des nächsten Parteitages beziehen.

Der Antrag, die Mikoholfrage auf die Tages-

ordnung des nächsten Parteitages zu legen, wird nach Be-
gründung durch Davidsohn, Berlin und Wissell,
über dem Vorstand zur Erwägung überwiesen.
Für den Ort des Parteitages 1906 sind vor-
geschlagen Mannheim, Stuttgart und Köln.
Dresbach, Mannheim: In unserer Stadt des
größten Minnerhovens werden Sie den schönsten Saal
Deutschlands zur Verfügung haben. Vor allem aber liegt
Mannheim in der Nähe der kaiserlichen Pfalz. (Hör-
zeit.) Dort haben Sie die besten Beispiele abgedruckter
Lebenskraft. (Größe der Pfalz.) Die Delegierten aber wer-
den wir nicht mit Alkohol, sondern mit einem guten Glas
Wein im Diskurs trinken. (Größe der Pfalz.)
Hörs, Stuttgart: Unser Mandat muß doch endlich
Erfolge haben. (Hörzeit.) Laufe: Nächstes Jahr!
Stettin liegt in Pommeren. (Süddeutsche Hörzeit.) Das
ist das Eldorado der Junker. Dort müssen wir ihnen ent-
gegentreten.
Mit großer Mehrheit wird Mannheim gewählt.
Zur Ausführung der Vorarbeiten für den Parteitags-
vorbereitungsausschuss wird eine halbtägige Pause ein-
gesetzt.
Nach Wiederöffnung der Sitzung wird der Antrag
verhandelt, die Reform des Strafrechts auf die
Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen.
Der Antrag wird von Böber, Breslau befristet,
von Stadthagen, Berlin befristet.
Auf Antrag Siebke wird auch dieser Antrag
dem Vorstande zur Erwägung überwiesen.
Der Antrag, die Frage der Jugendberziehung
auf dem nächsten Parteitage zu verhandeln, wird von
Schulz, Bremen mit dem Hinweis auf das vorhandene
große Interesse und die vorhandene große Ullarheit befrist-
et. Fröhler, von Marx und der internationalen Ar-
beiterorganisation, sei bereits die Grundlage geschaffen wor-
den für die Feststellung des proletarischen Erziehungszieles.
Jetzt gelte es, diese grundlegenden Ideen weiter auszu-
bauen.
Frank, Mannheim schlägt sich dem Antrage namens
der baltischen Jugendvereine an; der nächste Parteitag in
Mannheim werde Gelegenheit haben, die Parabe abzuhalten
über die junge revolutionäre Gasse.
In der Abstimmung wird auch dieser Antrag dem Vor-
stande zur Erwägung überwiesen.
Nach einer kurzen Pause wird das Resultat der
Wahlen mitgeteilt. Abgegeben sind 283 Stimmen.
Danach sind in den Parteivorstand gewählt: Zu
Vorstand Singer mit 279, und Weber mit 279
Stimmen, zum Kassierer Gerlich mit 278, zu Schrift-
führern Auer mit 276, Fröhler, Bremen (neuzuge-
wählt) mit 174, Moskenbuche mit 276, Pfannkuch
mit 276 Stimmen. Außerdem erhielt Müller, Gerlich
77 Stimmen.
In die Kontrollkommission sind wieder ge-
wählt: Bod mit 247, Brühne mit 239, Ehrhardt
mit 213, Ged mit 193, Raden mit 240, Roenen mit
228, Meister mit 257, Seikin mit 180 Stimmen.
Außerdem neu gewählt (für den verstorbenen Parr, Berlin
Ernst, Berlin mit 219 Stimmen. Zu Vorarbeiten für den
Parteitagsvorbereitungsausschuss sind wiedergewählt Weingels und Eber-
hardt, Berlin.
Vorstand Singer: Wie sind am Ende unserer Ver-
handlungen angelangt. Ich danke zuerst den Jener Gen-
ossen für die Opferwilligkeit und Bereitwilligkeit, mit der sie
dem Parteitag gedient haben. (Bravo!) Ich danke auch
der Carl Pfeil-Sitzung für den schönen Saal und den Ein-
blick, den sie uns in ihre Betriebe gewährt hat. (Bravo!)
Ich danke auch der Firma Guttmann-Münzberg, die uns die
Veranstaltungen unentgeltlich aufs beste hergestellt hat.
Auch die Genossen, die fleißig in den Kommissionen gearbei-
tet haben, verdienen unsern wärmsten Dank. — Werfen wir
nun einen Blick zurück auf die rote Woche in Jena. Die
Hoffnungen unserer Gegner, daß wir ein inneres Jena er-
leben würden, sind schmählich zerschanden geworden. Nicht
uns ein Jena, ihnen haben wir ein Sedan bereitet. (Bravo!)
Deutlich hat sich wieder gezeigt, daß die Arbeiterklasse grund-
sätzlich einig ist. Vor allem aber konstatiere ich mit Genug-
tuung, daß die beiden großen Ströme der Arbeiterbewegung
einig sind, einig auch in ihrem Ziel, die bürgerliche Gesell-
schaft zu zerstören. Gleich zwei großen Strömungen, die ge-
wonnene Marschieren, aber vereint schlagen, streichen sie ihm ent-
gegen. Wir haben auf diesem Parteitag unsere Waffen ge-
schärft, unsere Organisation geübt. Aber wichtiger noch
als das geschriebene Wort ist der lebendige Geist, der in
der Arbeiterklasse lebt. Wir haben hier Stellung genommen
zu den weltbewegenden Fragen der Jetztzeit, wir haben den
russischen Partismus gebrandmarkt, der russischen Revolution
unsere Sympathie ausgedrückt. Wenn wir ihr auch materielle
Hilfe leisten, so tun wir es in der Hoffnung, daß es ihr ge-
lingen wird, den Partismus zu zerschmettern. (Bravo!) Die
Gegner werden sagen, der Parteitag sei öde gewesen, weil
er nicht in leerem Geizt bestand. Aber unsere Aufgabe ist
es nicht, es der Bourgeoisie recht zu machen. (Sehr gut!)
Trotz aller persönlichen Meinungsverschiedenheiten wissen wir,
die Einheitlichkeit der Partei auch nach außen hin zu wahren.
30 Jahre sind verstrichen seit dem Gothaer Einigungs-
kongress. Die Debatten dieses Parteitages haben gezeigt, daß
unsere Einigkeit auch von Dauer sein wird. Und so gehen
wir wieder hinaus in unsere Kreise, befriedigt von der guten
Woche in Jena mit dem alten Schlachtruf: Hoch die inter-
nationale Sozialdemokratie, die deutsche Sozialdemokratie,
das revolutionäre Proletariat aller Länder! (Stürmischer
Beifall.)
Die Delegierten stimmen begeistert dreimal in das Hoch
ein und singen stehend den ersten Vers der Arbeitermar-
schalke.
Darauf schließt Vorf. Singer den Parteitag um
3 1/4 Uhr.

Politische Studien.

Deutschland.
Der erste Sozialdemokrat wird nach Einführung
des berichtigten Dreiklassenwahlsystems in den sächsischen
Landtag einziehen. Am 37. Ländlichen Wahl-
kreise (Gartenstein-Wildensfeld-Richtenstein), dem einzigen,
für die Sozialdemokratie in Betracht kommenden, siegte nach
dem Zwickauer „Sächsischen Volksblatt“ Reichstagsabgeord-

nete Genosse Goldstein, Zwickau mit 51 Wahlmännern
gegen 50 der beiden bürgerlichen Kandidaten. — Und das
trotz des miserablen Wahlsystems! Ein Bravo unseren
sächsischen Genossen!
Der sächsische Reichstagsabgeordnete, der sächsische
Mitglied des Reichstages, hat in der letzten Zeit
ziemlich von sich reden gemacht durch seine „schöne“ Be-
weiskraft, daß ihm ein Exzentriker das Tragen der
Uniform untersagen wollte. Mit Stolz wies die sächsische
Befehle auf diesen „heldenmütigen Kampf ums Recht“ hin
und es war die beste Ausfertigung vorhanden, daß wie elien
sächsische Nationalheros in Uniform bekamen, einen Mann,
der aus reinem Rechtsgefühl wider den Stachel löst. Aber
im Uebereifer hat das „Verf. Tagebl.“ etwas getan, was es
nicht hätte tun sollen. Es veröffentlicht nämlich folgendes
Dokument:
Charbin, 22. April 1904.
Allerburchlauchtigster, großmächtigster
Kaiser,
Allergnädigster Kaiser, König und Herr!
Eure kaiserliche Majestät bitte ich allerunter-
tänigst, mir den Titel als Oberst belassen zu wollen.
Ich wage zu glauben, daß die treuen Dienste, die
ich Eurer kaiserlichen Majestät während 31 Dienstjahre
vortunswürdig geleistet habe, und mein langes, in untadel-
hafter Ehrenhaftigkeit verbrachtes Leben mit dieser Be-
zeichnung würdig erscheinen lassen. In den Augen der
Welt könnte ich durch den Verlust des Titels als Oberst
in die Gemeinshaft von Leuten geraten, die perhällisch
ehrenwürdige Handlungen begangen haben, und ich wage
von Eurer kaiserlichen Majestät gnädiger Ge-
sinnung zu erhoffen, daß mir ein solcher Titel
und ein solcher Schmerz erspart bleibe.
Ich bin und bleibe für alle Zeit Eurer kaiserlichen
Majestät in unentwegter Treue ergeben und
habe in meiner publizistischen Tätigkeit niemals die Ab-
sicht gehabt, das Herr zu schädigen, sondern nur Schäden,
die ich erkannt zu haben glaubte, offen und manhaft be-
sprechen zu wollen.
Ich verharre in tiefer Ehrfurcht
Eurer kaiserlichen Majestät
alleruntertänigster
Gädle.
Und dem alleruntertänigsten, in tiefer Ehrfurcht ver-
harrenden Manne will man die Uniform entziehen? Gibt
es noch Gerechtigkeit? Nicht einmal eine Antwort hat die
alleruntertänigst gewagte Bitte gefunden. Schrecklich!
Von einer Einführung der Biersteuer ist nach den
hochoffiziösen „Verf. Pol. Nachr.“ vorläufig Abstand ge-
nommen worden. — „Vorläufig!“ Das sagt genug.
Zur Reichstags- und Provinzialwahl im 9. sächsi-
gohleinschen Wahlkreise wird mitgeteilt, daß
Stodmann, der bisherige Abgeordnete nicht wieder kandi-
dieren wird. Unser Kandidat ist Genosse Weinheber,
Hamburg.
Zur Verhaftung des holländischen Anarchisten
Nieuwenhuis erfährt die „Rheinische Post“, daß Nieuwen-
huis gegen § 361, Absatz 2, verstoßen hat, also ohne Erlau-
bnis verbotenes Bundesgebiet betreten hat. Vor diesen
Tatbeständen sei Nieuwenhuis in Dielefeld ausgewiesen worden.
Die Kölner Polizei habe bereits zweimal an den Minister
des Innern berichtet, doch befindet sich nach 12 Tagen
Nieuwenhuis immer noch in Haft.
Die Zeugniszwangskolter gegen den Genossen
Zielowski, Redakteur unseres Mainzer Parteiblattes, ist
Sonnabend aufgehoben worden. — Warum hat man sie denn
erst verhängt?
Zur Fleischnot. Aus Solingen wird vom 23.
gemeldet: Heute vormittag fand in der städtischen Markt-
halle der Verkauf eines Eisenbahnwagens frischer See-
fische statt, welche die Stadt zur Bekämpfung der Fleisch-
not in Gesehensbede angekauft hat und nun zum Selbst-
kostenpreise veräußert. Der Andrang der kaufenden Haus-
frauen war ungemein groß; einige Frauen wurden
im Gedränge ohnmächtig. Der gesamte Fischvor-
rat wurde rasch verkauft. Die Stadt wird den Verkauf jede
Woche regelmäßig wiederholen. — Eine Fleischnot besteht
nach Hob jedoch nicht!
Schweden.
Generalfreik für Erhaltung des Friedens.
Wie „Laffans Bureau“ aus Stockholm meldet, beschloß die
sozialdemokratische Partei Schwedens in einer Versammlung
am Mittwoch den 20. September, falls zwischen Schweden
und Norwegen der Krieg erklärt werden sollte, den
Generalfreik auszusprechen und den Waffendienst zu ver-
weigern.
Norwegen.
In der Unionsfrage ist nach einer amtlichen
Mitteilung nun doch ein Ueberkommen erzielt wor-
den. Die Protokolle sollen Anfang nächster Woche veröffent-
licht werden. — Der schwedische Reichstag wird am
2. Oktober zu einer außerordentlichen Tagung zusamen-
treten, in der die Auflösung der Union beraten
werden soll.
Rußland.
Wiedern ein deutscher Untertan ermordet.
Der deutsche Untertan Joseph Forbschatt
wurde bei Agdam, einem Orte in der Nähe von Schuscha,
getötet. Die Leiche wurde noch nicht gefunden. — Der
deutsche Konsul erhob bei den Ortsbehörden energische Vor-
stellungen. General Tatalshwili erteilte sofort Instruktionen,
damit die näheren Umstände aufgeklärt und nach dem Ver-
bleib der Leiche geforscht werde.
Neues Attentat. Auf den Direktor der Warschauer
Aktienbrauerei Kijod u. Co., Zaremba, wurde ein Anschlag
verübt. Zaremba wurde durch einen Revolverbeschuß ge-
tötet.
Das Fazit. Bei der letzten Katastrophe in Schuscha
wurden 548 Armenier und 104 Tartaren ge-
tötet und 135 Armenier und 48 Tartaren verwundet.
Oesterreich-Ungarn.
Die ungarische Krise. Am Sonnabend fand die ge-
meinschaftliche Konferenz zwischen den Führern der Koalition und
dem Kaiser statt. Letzterer stellte Bedingungen, die unter

dem Kaiser sind, auf, unter denen von Seiten der Koalition
Vorschläge zur Bildung eines Ministeriums gemacht werden.
Sämtliche ungarische Blätter ohne Ausnahme der Partei
sprechen in ruhiger Form die Ereignisse des Sonnabends
und bezeichnen die Bedingungen des Königs als ein Ulli-
matum, das für die ungarische Nation unannehmbar sei,
weil es den ungarischen Nation unannehmbar sei.
Die liberalen
Genossen machen die Koalition dafür verantwortlich, daß Un-
garn vor der Gefahr des absolutistischen Regimes stehe.
Alle Blätter sind darin einig, daß sich die Nation nicht zu
Uabelnennheiten hinziehen lassen darf; ihre letzte Waffe sei
das Gesetz.
25 000 tschechische Sozialdemokraten demonstrieren
in Prag für das allgemeine, gleich, direkte und geheime
Wahlrecht.
Reichskonferenz der österreichischen Sozial-
demokratie. Die Reichskonferenz der öster-
reichischen Sozialdemokratie, die Freitag in
Wien tagte, befaßte sich mit dem Eingreifen des Minister-
präsidenten v. Gautsich gegen die Einführung des allge-
meinen Stimmrechts in Ungarn. Berner
Storfer beantragte, ein Manifest an die Arbeiterklasse zu
richten, sie möge die Vorgänge im Kronrat nicht vergessen.
Ferner beantragte er eine Resolution, welche die sozial-
demokratischen Abgeordneten zum energischen und rücksichts-
losen Kampf gegen das Ministerium Gautsich auffordert.
Die Wahl der Mittel wird dem Abgeordnetenverband über-
lassen. Im selben Sinne sprach Dr. Adler. Schärfer
Tosart schlugen die Abg. Daszinski und Schumacher
an, die direkt die Krone und die Dynastie anzugreifen und
stürmischen Beifall fanden. Schließlich wurden Manifest und
Resolution angenommen.
Spanien.
Die Hungernot hat hier derartige Dimensionen an-
genommen, daß in einigen Provinzen Massenaus-
wanderungen erfolgen. Mehrere Dörfer sind total
entvölkert.
China.
Gegen die Mitglieder der Reformkommission in Pe-
king wurde ein Bombenattentat verübt, durch das
neun Mitglieder verletzt wurden; der Älte-
ste selbst büßte sein Leben ein.
Wien und Umgebung.
Montag, den 25. September.
Der Bezug von baugewerblichen Arbeitern nach
Lübeck ist infolge großen Angebots von einheimischen
Arbeitskräften vorläufig noch fernzuhalten.
Der Kampf im Baugewerbe hat mit dem heutigen
Tage sein Ende erreicht; morgen früh wird die Arbeit all-
gemein wieder aufgenommen werden. Es wurden für die
drei in Betracht kommenden Branchen Tarife abgeschlossen,
die eine Lohnerhöhung bedeuten und die für die Zeit vom
1. April 1906 bis 31. März 1908 gelten. Der Lohn für
Maurer und Zimmergehilfen beträgt bei der gleichen Ar-
beitsdauer wie bisher 60 Pf. pro Stunde. Außerdem wer-
den alle etwa entstehenden Streitigkeiten durch Kom-
missionen, die von den betr. Verbänden resp. dem Arbeit-
geberverband für das Baugewerbe gewählt werden, ge-
schlichtet; dadurch ist der Gesellen-Ausschub, der sich bis-
her mit diesen Fragen zu beschäftigen hatte, ausgeschaltet.
Die Bauarbeiter, soweit sie mit dem Tragen von Steinen
und Mörtel beschäftigt sind, erhalten eine Zulage von
6 Pf. pro Stunde. Auch die Bauarbeiter verhandeln bei
Streitigkeiten usw. durch ihren Vorstand mit dem Arbeit-
geberverband, und ist demselben, ebenso wie dem Vorstand
des Verbandes der Maurer und Zimmerer, bei Streitig-
keiten der Zutritt zur Baustelle zu gestatten.
Das Kaiser-Panorama bietet in kommenden Woche
Anfichten aus Bayern. Es wechseln reizende Gebirgspar-
tien mit prächtigen Alpenpanoramen und vielbesuchten Tour-
istenorten ab. Vor allem fesseln uns die schönen ober-
bayerischen Seen am Fuße der Alpen der Walchensee,
Stogelsee u. Die Wiedergaben zeichnen sich auch diesmal
wieder durch ihre vorzüglich gehaltene Perspektive und ihre
durch die vorzüglichen Blätter hervortretende Plastik aus.
Besonders erwähnenswert sind: Wittenwald mit Harwedel,
Panorama von Reichenhall und Berchtesgaden, der Mü-
nigklee mit Bartholomä, Füssen mit Gebirgshintergrund
und anderen Sehenswürdigkeiten.
Erfolgslose Suche. Die Rotlaufsuche unter den
Schweinen des Gemeindevorstehers F. Hartmann in
Malkendorf ist erloschen. Die angeordneten Sperr-
maßnahmen sind aufgehoben.
Straßensperre. Wegen vorzunehmenden Straßenbau-
arbeiten wird die Straße „Großer Kiebau“ vom 25. d. M.
bis zum 1. Oktober ds. Js. für den Fuhrwerksverkehr ge-
sperrt.
Aus dem Gerichtssaal. Zwei gewerksmäßige
Glücksspieler standen am Sonnabend vor der hiesigen
Strafkammer, und zwar der Schlosser Lübeck und der
Hausdiener resp. Händler Peterreit aus Hamburg. Es
handelt sich um fragwürdige Existenzen, wie sie wohl auf
allen Rennplätzen zu finden sind. Beide haben sich, nach-
dem sie vorher das Döberaner Rennen besucht hatten,
nach Travemünde begeben und dortselbst am Ren-
nsonntag auf dem Rennplatz gewerksmäßig Betten ver-
mittelt. Nach dem Rennen gingen die Angeklagten nach
Travemünde, um dortselbst im Klubischen Lokale das
Glücksspiel „Auf die Sech“ zu spielen, und zwar in Ge-
meinschaft mit zwei unbekanntem Personen. Zu diesem
Spiel benutzten die Angeklagten falsche Würfel d. h. solche,
die auf der Seite, auf der sich die Sech befand, mit Blei
ausgefüllt waren. Hierbei wurden sie von Kriminal-
schutzleuten überrascht und festgenommen. Beide Ange-
klagten leugnen, gewerksmäßige Glücksspieler zu sein. Sie
wollen nach den Rennplätzen nur zu ihrer Erholung ge-
fahren sein und geben für ihr Verhalten alle möglichen
Ausreden an. Die falschen Würfel hat ihnen angeblich
ein Unbekannter zur Aufbewahrung übergeben usw. Das
Gericht schenkte diesen Aussagen natürlich keinen Glauben,
sondern verurteilte die beiden Angeklagten zu je 9 Monaten
Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe.
Handelsregister. Am 21. September 1906 ist einge-
tragen: 1. die Firma Hermann Boy in Lübeck. In-
haber: H. S. A. Boy, Kaufmann in Lübeck; 2. die Firma
Diedrich Blomendahl in Lübeck. Inhaber: D. B.
J. Blomendahl, Kaufmann in Lübeck. Das Amtsgericht
zu Lübeck Abt. VII beabsichtigt die Firmen Karl Hermann
Mich. Stave, Kraft u. Co. und Johann Lü-
bner, sämtlich zu Lübeck, im Handelsregister zu löschen.
Zur Geltendmachung etwaigen Widerspruchs gegen die
Löschung wird eine Frist von 3 Monaten bestimmt.

pb. **Verschwindene Stiefel.** Am Sonnabend abend schickte ein hiesiger Schuhwarenhandl...
pb. **Grünruhen.** Am 22. ds. Mts. vormittags gegen 10 1/2 Uhr fiel vom Dampfer „Athenania“ etwa 5 Seemeilen von Segerstadt (Weichsel) in die Ostsee der Matrose Wäling aus Rütermoor, der beim Delen der Kommando- brücke war, über Bord und extrant trotz der umfassendsten Rettungsversuche. Den Führer des Schiffes, der die vor- geschriebenen Sicherheitsmaßregeln außer Acht ließ, dürfte der Vorwurf der Fahrlässigkeit treffen. Der Dampfer „Athenania“ lief am 22. ds. Mts. abends in den hiesigen Hafen ein.

pb. **Schwindertinnen.** Auf Grund einer Requisition der Polizei-Behörde in Mittweida wurden am Sonnabend nachmittag in hiesiger Stadt zwei Frauenpersonen (Mutter und Tochter) ermittelt und festgenommen, die handelnd von Ort zu Ort ziehen. Beide werden des Betruges, bezw. des Diebstahls beschuldigt. Die Ältere mußte ihre Logis- geberin zu veranlassen, ihr von zehn Lotterieloschen, die sie garnicht befaß, je einen Anteil im Werte von 2 Mk. abzu- kaufen. Schließlich schwindelte sie derselben Frau vor, daß eines dieser Lose mit 300 000 Mk. gezogen sei, borgte sich 10 Mk., um den Gewinn abholen zu können und ersparte sich mit dem Verprechen, den Gewinnanteil im Werte von 8000 Mk. schicken zu wollen. Beide Personen ließen aber nichts mehr von sich hören. Nach ihrem Fortgange fehlten aber aus der Wohnung der Logisgeberin verschie- dene Kleidungsstücke.

Zug von Mannern nach Schlutup ist fernzuhalten.
Zug von Arbeiterinnen ist fernzuhalten.
von der Schlutuper Fischindustrie, von Arbeiterinnen von der Bügischen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Rohbraun in Lanen.

Schlutup. Straßenpersere. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten wird die Straße „Hinter den Hufen“ in Schlutup vom 25. bis 28. d. Mts. für den Fuß- verkehr gesperrt.

Stodsdorf. Die Nacht am Landgraben hat sich am Sonnabend bei der Wahlmännerwahl zum Oldenburger Landtag wiederum gut bewährt. Eingetragen waren 398 Wähler, wovon einer doppelt verzeichnet und 3 verstorben sind. Es wurden im ganzen 158 Stimmen ab- gegeben, und zwar entfielen auf H. Westphälung und Th. Boye je 146 Stimmen, auf W. Jäger, B. Schnoor, J. Rütgens, J. G. Bull und H. Hoffmann je 147 Stim- men. Ferner wurden noch 11 Zettel (mit Weißleder ge- schrieben) abgegeben, lautend auf B. Brühns-Stodsdorf, Badermeister H. Rütgens-Stodsdorf, Fr. Spethmann- Ghorst, Fr. Bewarber jun.-Gr. Steinrade, Bauernvogt Fr. Hoffmann-Moort, sowie H. Gajan-Fadenburg. Die Wähler dieser Liste wollten offenbar nur bezwecken, daß es nicht heißen konnte: die rote Liste ging glatt durch! Daß unsere Genossen H. Westphälung und Th. Boye auf einem Stimmzettel gestrichen waren, wird wohl auf persönliche Antipathie des betreffenden Wählers zurückzuführen sein. Wir werden trotz dieses Wahlverhältnisses die Nacht am Landgraben nicht einziehen, sondern mit noch mehr Stim- men bei den kommenden Wahlen zum Vorschein kommen. Immer vorwärts!

r. Rensfeld. Einen glänzenden Sieg erran- gen unsere Parteigenossen bei der am Sonnabend statt- gefundenen Wahlmännerwahl. Die sozialdemokratische Liste vereinigte 127 Stimmen auf sich, während auf die bauerliche nur 18 entfielen. Ein Bravo unsern Rens- felder Parteigenossen!

r. West-Matekau. Wahlmännerwahl. Auf die gemischte Liste der Sozialdemokraten und National- sozialisten entfielen 76; bauerliche Stimmzettel wurden nicht abgegeben.

r. Ost-Matekau. Wahlmännerwahl. Auf die Liste der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten entfielen 56 resp. 55 Stimmen, die Liste der Bauern erhielt 18 Stimmen.

Gniffan. Bei der Wahlmännerwahl er- hielten die bürgerlichen Parteien 30 Stimmen, während unsere Kandidaten nur 10 und 11 Stimmen auf sich ver- einigten.

r. Meschedorf. Wies gemacht wird. Bei der Wahlmännerwahl am Sonnabend erhielten die Bauern 21 Stimmen, die Liste der Sozialdemokraten und National- sozialisten 15 Stimmen. Es waren aber 14 Wähler, welche zur Wahl erschienen waren, nicht eingetragen. Woran mag das liegen? Unsere Parteigenossen gaben aber das feste Versprechen ab, bei der nächsten Gelegenheit besser auf der Hut zu sein. Hat die Wahl diesmal keinen direkten Erfolg gebracht, so doch einen indirekten. Durch derartige Machinationen, wie sie einander hier vorliegen, wird selbst in den entlegensten Winkeln das Samenorn des Sozialismus ausgestreut.

r. Gntta. Bei der Landtagswahl erhielten die Bürgerlichen 150-205 Stimmen und unsere Liste 121-256. Gewählt wurden 5 Bürgerliche und 5 von der gemeinschaftlichen Liste der Sozialdemokraten und National Sozialen. Es erhielten: Wahlstedt 295, Estorf 256, Schade 173, Böhrler 163, Petersen 167, Bock 156, Dr. Gieseler 154, Alford 153, Binnemann 150, Höppler 149 Stimmen. Die Genossen Rebenstorf, Holtz und Dunder blieben mit 145, 129 und 124 in der Minderheit. Von 511 eingetragenen Wählern stimmten 303 gleich 59 Proz. Wie im vorigen Jahr zur Gemeinderatswahl, erschien hier auch in letzter Stunde ein Flugblatt, ein Pamphlet, mit den größten Beschimpfungen und Verleumdungen gegen Boß und seinen Anhang. Die Gegner haben ganz im Stillen agitiert. Trotzdem wir täglich mündlich agitiert haben, konnten wir eine ganze Anzahl Wähler (in der Weidestraße rund 20) nicht an die Urne bringen. (Die gesperrten Namen sind von unserer Liste.)

Altona. Ein schwere Brandunglück ereig- nete sich am Sonntag nachmittag um 3 1/2 Uhr in der Wollkammer in Bahrenfeld. Dort waren die Arbeiter W. Eder, wohnhaft Adlerstraße 67, und H. Freitag aus der Brahmstraße in Bahrenfeld mit Ausklopfen eines Kessels beschäftigt. Wegen des ausdrücklichen Verbot hatten sie eine brennende Petroleumlampe mit in den Kessel ge- nommen. Infolge Unvorsicht der Lampe entstand eine Explosion, wodurch die überhängenden Kleider der beiden Arbeiter sofort Feuer fingen. Auf die Hilfe eiften Leute herbei und erstickten die Flammen. Die beiden Un- glücklichen hatten jedoch bereits schwere Brandwunden am ganzen Körper davongetragen. Sie liegen im städtischen Krankenhaus hoffnungslos darnieder. Größerer Sach- schaden wurde durch die Explosion nicht verursacht.

Neumünster. Die Tabakarbeiter in Neumünster beschließen, von ihren Arbeitgebern eine Loh- n- erhöhung von 50 Pfg. pro Woche zu fordern.

Die Forderung soll sofort eingereicht werden mit dem Er- suchen, bis zum 1. Oktober Antwort zu erteilen.

Überfall. An Blutvergiftung gestorben. Die vierzigjährige Frau des Fischers J. Schacht in Dräger- moor wurde beim Essen eines Apfels von einem Insekt in den Mund gestochen. Es trat sofort eine bösartige Blutvergiftung ein, an deren Folgen die Frau nach qual- vollen Stunden starb.

Apener. Hier ist eine Lohnbewegung der Fischereiarbeiter im Fluß. Bisher erhielten die Fischereiarbeiter, wenn sie mit der Wade ausgingen, 1,50 Mk. pro Nacht und haben Part am Fang. Von dem Fang aber nimmt der Wadenbesitzer erst die Hälfte vor- zang und dann erhält er noch extra einen Part mit für seine Person, so daß auf ihn allein 65-70 Proz. kommen, während die übrigen 6 Mann zusammen sich mit 30-35 Prozent der Fangeinnahme begnügen müssen. Mit nun dem Fischfang erfolgreich, dann können es die Arbeiter trotz des geringen Anteils noch immerhin auf einen guten Tagelohn bringen. Ist die Zeit jedoch ungünstig, dann können sie dabei verhungern. Damit diese Arbeiter wenig- stens eine Garantie haben dafür, daß ihnen, auch wenn sie wenig oder nichts fangen, wenigstens ein bescheidener Tagelohn zusteht, womit sie kümmerlich ihre Familien er- nähren können, verlangen sie 3 Mk. pro Mann und Nacht. Dieser Satz wird von den Eckerförder Wadenbesitzern be- zahlt, und es wäre doch nicht mehr wie recht und billig, daß auch die Apener den gleichen Satz gewährt. Da sich aber die Apener Wadenbesitzer vorläufig noch weigern, haben schon vier Mann des einen Besitzers die Arbeit eingestellt.

Parburg. Aufgehobenes Urteil. Das Reichs- gericht hat das Urteil des Stader Landgerichts vom 20. Mai ds. Js. monach der Medaieur Otto Lieb- linge wegen Verleumdung der Altonaer Geschworenen in der Blankener Notaratsaffäre und des Schwurgerichts- präsidenten Mensching sechs Monate Gefängnis verbüßen sollte, aufgehoben und die Sache zur weiteren Ver- handlung an das Landgericht Altona verwiesen. In der Revisionschrift war hauptsächlich darauf Bezug ge- nommen, daß ohne die Hauptzeugin verhandelt worden war. Laut Protokoll hat das Stader Landgericht erklärt, die Zeugin sei nicht aufzufinden gewesen. Tatsächlich hatte aber Genosse Lieblinger sowohl als sein Verteidiger sich sofort bereit erklärt, dem Gericht die Adresse der Zeugin mitzuteilen. Der Rechtsanwalt bezeichnete die Feststellung des Stader Landgerichts als einen eklatanten Rechts- irr- tum. Darauf konnte es nicht an, daß die Zeugin zu einem gewissen Zeitpunkt vor der Hauptverhandlung nicht zu ermitteln war. Zurzeit der Hauptverhandlung sei der Aufenthalt der Zeugin bekannt gewesen. Der Prozeß wird somit vor dem Landgericht in Altona eine Neuauflage erleben. Hoffentlich wird dort ein Urteil gefällt, das dem Rechtsempfinden des Volkes entspricht.

Wiesbaden. Die Absperrung in den Unterweserorten ist beendet, nachdem eine Ein- gung zwischen den streikenden Tischlern und den Meistern erzielt worden ist.

Komitee- u. Kommissions- Sitzungen.
G. V.
Morgen Dienstag, abds. 8 1/2 Uhr.

Johannes Bredberg
Luise Bredberg, geb. Alwart,
Vermählte.
Für die vielen Glückwünsche und Geschenke au- fällig unserer Hochzeit danken herzlich D. D.
Sonnabend nach kurzem schwerem Leiden mein lieber Mann Jürg. Blöß im Alter von 33 Jahren. Tief betrauert von mir, meinen Kindern, Eltern, Geschwistern und allen, die ihm nahe standen.
Frau Blöß Wwe., geb. Fid.
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachm. 4 Uhr vom Sterbehause, Piegelstr. 24, aus statt.

Nachruf.
Verband d. Fabrik-, Land-, Hilfs- arbeiter u. Arbeiterinnen Deutschl.
(Bahnhof Lübeck)
Am Sonnabend den 23. September starb nach langem schwerem Leiden unser Mitglid
Carl Kuhlmann
genannt Schuldt
im Alter von 48 Jahren.
Die Beerdigung findet am Dienstag den 26. September, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Piegelstraße 5, aus statt.
Die Ortsverwaltung.

Zu verm. eine kleine Wohnung
110 Mk. Quakenstraße 10. pt.
Eine leere Stube zu vermieten
an eine einzelne Person
Obertrabe 20, I.
Gesucht umständehalber zum 1. Oktober
eine Wohnung i. Pt. n. 160 M.
Off. u. G. P. an die Exped. d. Bl.
Zu sofort gesucht eine Frau zum Rein- waschen eines Neubaus in der Stadt.
Näheres Attendorferstraße 22, pt.

Gesucht 1 Mädchen od. ältere Frau
bei Kindern für den ganzen Tag. Melbungen
abends 7 Uhr
Fischergrube 18
Ein Kinderwagen zu verkaufen
Schwartzauer Allee 170. Eingang vom Hof.
Vervielfältigungsapparat, 40 Rhono- graphwalzen (neu) f. 25 M., photogr. Re- mera, 9x12 m. Lampe f. 5 M. Ludwigstr. 88, p. r.
841 dänische Doggen, 8 W. alt.
billig
Schwartzauer Allee 195.

Königliche Lotterie-Einnahme
Carl Bischof
jetzt Braunstrasse 36.
Die Lose 4. Klasse sind bis 6. Oktober abzuholen.
Kauflose zur 4. Klasse vorrätig.

Schuldschreibhefte
in allen Liniaturen — genau nach Vorschrift
empfiehlt die
Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Deutscher
Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder - Versammlung
am Dienstag den 26. September
abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Wegen Wichtigkeit derselben ist das Erscheinen aller Kollegen dringend erforderlich.
Die Lokalverwaltung.

Einem geehrten Publikum zur gef. Nachricht, daß ich das von Frau Zimmermann bisher geführte
Kolonialwaren-Geschäft
künstlich übernommen habe.
Für gute und reelle Ware werde ich stets Sorge tragen und bitte ich, mein junges Unter- nehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Friedr. Böckmann
Steinraderweg 28c.
Gebe Lubeca Marken.

Noch immer
findet der Verkauf der durch Feuer und Wasser leicht beschädigten Waren
Königstr. 48 statt.
Uhrteder einsetzen 1,50 Mk.
Taschenuhr reinigen 1,50 Mk.
1 Jahr Garantie.
Ernst Gentzen, wacher
Königstraße 62, b. d. Güzstraße

Schmerzloses Einsetzen
künstlicher Zähne
ohne Herausnahme der Wurzeln
unter Garantie der Brauchbarkeit beim Essen.
Teilzahlung gestattet.
M. Marks, Zahnkünstler,
Mühlenstr. 28.

Verband der
Schneider und Schneiderinnen.
Mitglieder- Versammlung
am Dienstag den 26. Septbr.
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tagesordnung wird in der Versammlung be- kannt gemacht.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder zu dieser Versammlung ist dringend erforderlich.
Der Vorstand.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

(Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.)

Fünfter Tag.

Nachmittags-Sitzung.

Fena, den 22. September 1905.

Kurz nach 3 Uhr eröffnet der Vorsitzende Weber die Verhandlungen. Er teilt ein Telegramm aus Berlin mit, daß Klewenhülk noch in Haft sei. Ein Telegramm aus Berlin meldet die Aussperrung aller Arbeiter der elektrischen Werke wegen einer geringen Lohnforderung von 300 Lagerhaltern. (Beifall.)

In der eröffneten Diskussion über den Massenstreik ergötzt das Wort:

Wernstein: Entgegen Webel muß ich an meiner Ansicht festhalten, daß die Macht des Reichstages stark zurückgeht und die Tendenz besteht, ihn noch weiter herabzudrücken. Bei der Verhandlung der wichtigsten Anträge ist am Bundesratstisch überhaupt kein Vertreter. (Bruf: Wir pfeifen darauf!) Der späte Sessionsbeginn, der plötzliche Schluß haben tief in die Reihen der bürgerlichen Parteien hinein empört. Die Nichtachtung des Reichstages durch Verweisung aller wichtigen Angelegenheiten an die Landtage kann nicht scharf genug geahndet werden. Wenn deshalb Genosse Stadthagen meine Resolution aus dem Grunde abgelehnt hat, weil sie ihm in Worten nicht scharf genug war, so erinnere er an den Mann, der die Walschülffelsen zerbrach, um sich nur im großen Meere zu waschen. — Das Bürgertum ist nun in weiten Kreisen mit der Vorherrschaft der Industrie und Handelskapitalität neben der Junkerfeudalität gar nicht zufrieden. (Webel ruft: Du mußt natürlich das Bürgertum retten!) Gerau so äußert sich der Vorstandsbereich anläßlich des Bergarbeiterstreiks. Das allgemeine Wahlrecht zu unterschätzen, bin ich der letzte; ich schreibe ihm große ökonomische wie politische Wirkungen zu. Wenn nun weiter gesagt wird, wir sollten uns nicht festlegen, so sage ich im Gegenteil: Wenn uns das Wahlrecht genommen wird, müssen wir zu den äußersten Mitteln greifen. Sehen Sie sich die lex Gröber an. Es ist möglich, im Reichstage eine Verfassungsänderung durchzusetzen, ehe das Volk in Bewegung kommt. Darum muß es beizeiten getarnt werden. Die Resolution Webel stimmt genau mit meinem Vortrag in Dresden überein. Ich kann ihr also aus voller Seele zustimmen und hoffe, daß der Kongress sie einstimmig annimmt. (Beifall.)

Heine: Ich vermiße in der Resolution Webel nur die Entscheidung darüber: Was werden wir mit dem Generalstreik tun? „Im geeigneten Moment“ und „gegebenenfalls“ ist keine Entscheidung, schafft keine neuen Richtlinien. Kann die Sozialdemokratie den Generalstreik machen? Auf wen kann sie dabei rechnen? Das hätte Webel erörtern sollen. Selbst Roland Holst eröffnet hier keine glänzende Perspektive. In einem Vortrag hat die Genossin Zellin ausgeführt, im Falle des Generalstreiks dürften wir uns nicht an die Geschäftlichkeit binden, sondern auf den granitnen Boden der Macht stellen. Aber wo ist dieser unzerbrechliche Granitstein? Wir haben nicht die Macht, in absehbarer Zeit, d. h. in 3 oder 4 Jahren, den Generalstreik durchzuführen. Leichtere als diese Erkenntnis wäre es freilich, sich am Gefühle unserer eigenen Macht zu berufen. Mit dem Hinweis auf die Gefahren habe ich nicht den Staatsanwalt, sondern die Genossen belehren wollen. Das gleiche hat Webel heute gegenüber dem Gen. Friedberg und gestern gegenüber dem Gen. Liebknecht getan. Ich halte es für meine heiligste Pflicht, öffentlich allen Genossen zu sagen, daß wir noch keine ausreichende Macht haben. Ein absolut friedlicher Streik in Deutschland wäre ein Umling. Junker und Bureaucraten haben zu gute

Nerven, als um sich dadurch ins Bockshorn jagen zu lassen. Man hat gesagt, ich triebe Angstmacherei. Angst ist das unklare Gefühl vor etwas Unbekanntem; der bekannten Gefahr aus dem Wege zu gehen, ist Pflicht der Klugheit, besonders wenn man für andere verantwortlich ist. (Sehr gut!) Zu teuer ist mir das Blut der Arbeiter, die ihre Haut zum Markte tragen müssen. (Webel: Wir aber doch auch — hoffentlich!) Nein, in erster Linie leiden beim Streik die Arbeiter. Die Aussicht auf den Generalstreik, die längst gehegte Hoffnung der Reaktionsäre, die Arbeiter vor ihre Gewehre zu bekommen, wäre der beste Anreiz für sie, das Reichstagswahlrecht anzutasten. Dann gingen Koalitions- und Vereinsrecht gleich mit verloren. Die Massen sind zum großen Teil noch unorganisiert. Organisieren wir erst weiter, werden wir vor allen Dingen. Auch die Militärs, die man nicht haben wollte, sind Volk. (Sehr richtig!) Ich sage: Kommt Zeit, kommt Tat. (Beifall.)

Frohme-Altona: Webel's gründliche Ausführungen haben die meisten der Parteigenossen wohl erst in den Stand gesetzt, ein richtiges Urteil über den Generalstreik zu erhalten. Ich habe es bisher nicht für richtig gehalten, die Taktik der Partei für den Generalstreik festzulegen. Einige sind mir wohl darüber, daß wir gegebenenfalls das Notwehrrecht haben. Die Diskussion über den Generalstreik habe ich nie abgelehnt, nur die Form unserer Diskussion habe ich bedauert. An der herrschenden Unklarheit sind wir selbst schuld. In einem Märzartikel der „Völkischer Volkszeitung“ sind fast anarchistische Grundsätze über den Generalstreik geschrieben worden. Webel's Rede hatte eine ganz andere Tendenz, die richtige Tendenz: Gegebenenfalls, wenn die Situation günstig ist, einen Notwehrstreik. Für die Resolution Webel kann man besonders nach der Webel'schen Rede stimmen, obwohl die besondere Hervorhebung des Generalstreiks eigentlich überflüssig ist, da vorher schon von der Anwendung aller Mittel die Rede ist. Die Diskussion muß jedenfalls ruhig geführt werden. Wer vorsichtig ist, braucht kein Prinzipienverkämpfer zu sein. Wir brauchen die Volksmasse nicht in Unruhe zu treiben, in den Arbeitern unerfüllbare Hoffnungen zu wecken, das führt nur zu bösen Rüdch'agen. Webel hat auf die Ruhe beim Bergarbeiterstreik hingewiesen. Ein politischer Massenstreik ist denn doch noch etwas anderes. Da kann es nicht so ruhig zugehen. Die Kämpfe können härter werden, sehen wir ihnen mit der Engherzigkeit, die uns unsere gute Sache verleiht, entgegen. Es werden sich eine Reihe ganz besonderer Umstände verbinden müssen, um politischen Massenstreik zu ermöglichen. Die wirkliche revolutionäre Tat, die wir jetzt ermöglichen können, ist die wirkliche Aufklärung der Massen, das Licht in die Köpfe bringen. Die Debatte wird den Erfolg haben, daß die Welt sieht, daß wir in dem festen Willen, die Volksrechte zu schützen, einig sind, daß wir uns unserer Verantwortung aber ebenfalls bewußt sind. (Beifall.)

Robert Schmidt: Berlin: Webel hat auf meine Teilnahme an der Unabhängigen-Bewegung hingewiesen. Vor 15 Jahren waren mir Webel und Singer nicht revolutionär genug. Heute bin ich in dieser Beziehung mehr als bestrebt. (Heiterkeit.) Was den politischen Massenstreik anlangt, so soll er den Wahlrechtsraub, den Raub der Koalitionsfreiheit abwehren. Warum denn aber nicht gleich damit die ganze bürgerliche Gesellschaft aus den Angeln heben? Da hat Friedberg ganz recht, wenn auch er diese Frage aufwirft. Nach dem Bremer Parteitag hat Webel sich noch ganz anders geäußert. Er sprach, daß man gegen das Projekt des Wahlrechtsraubes allein nichts tun soll, sondern erst, wenn ein wirklicher Angriff vorliegt. Die Situation hat sich nicht geändert. Webel ist ein prachtvoller Klettergeneral auf dem Parabeseil, in der Wirklichkeit erfährt die Attacke Schiffbruch. In zwei Tagen werden wir in Deutschland nicht fertig; ich bestreite aber, daß der Generalstreik in Deutschland überhaupt möglich ist. Sein Vergleich mit dem Bergarbeiterstreik war deplatziert. Webel hat uns über die praktische Durchführung des Streiks nichts gesagt. Er sprach

von 14 Tage hungern. Das nimmt sich in Webel's Mund sehr gut aus, aber die praktische Durchführung macht niemand mit. Ich kann nicht politischen Selbstmord begehen. Beim Generalstreik kommen wir zu russischen Zuständen, ja noch viel schlimmer. Wir haben ein viel härteres Regiment. Wir müssen also wohl überlegt vorgehen. Wird uns das Wahlrecht geraubt, dann werden wir es machen wie unterm Sozialistengesetz. (Beifall.)

Baron von Berlin: Die Arbeiterklasse denkt ganz anders darüber als die, die nicht an der Hohenbank und dem Schraubstock stehen. (Sehr richtig!) Mit dem allgemeinen Wahlrecht fällt auch das Koalitionsrecht, darum haben die Gewerkschaften die verdammte Pflicht, den Massenstreik zu diskutieren. Welche anderen Waffen werden sie dann haben? Hat nicht in Italien der Massenstreik die Stimmenzahlen unserer Partei verkoppelt? Die Diskussion des politischen Massenstreiks revolutioniert die Köpfe, verbreitet eine Menge Aufklärung und stärkt die Organisationen. Wenn dann der Reichstagen uns entzogen wird, so haben wir den granitnen Boden der Macht, auf den wir uns auch stellen werden. Nehmen Sie die Resolution Webel einstimmig an. (Bravo!)

Frau Urmberg: Hörte man den letzten Redner, so mußte man sich wirklich fragen, ob wir im Jahre der glorreichen russischen Revolution leben oder 10 Jahre vorher. Lesen Sie denn nicht alle Tage in den Zeitungen Berichte? Und da kommen die Kleingewerbeten und fragen nach den Einzelheiten des kommenden Kampfes, nach dem Tage, der Stunde usw., nach der Frage, wo wir Lebensmittel, wo wir Sicherheitsmittel finden werden, daß wir nur ja nicht mit den Bonaperten in Verührung kommen. Warum sollten wir die alibewährte Taktik ändern, fragten die Heine und Schmidt? Sie sehen nicht, daß die Zeit der Evolution in die Zeit der Revolution umgeschlagen. Genosse Heine wollte wissen, ob wir dabei auch die unorganisierten Massen im Bügel halten werden. Eine solche Auffassung, eine solche Angst vor der proletarischen Masse, ist eine Schande für einen Sozialdemokraten. (Große Unruhe.) Wir haben keinen Grund, die Massen im Bügel zu halten (Beifall und Widerspruch), sondern nur gewisse parlamentarische Führer, damit sie die Masse nicht verraten. (Beifall und Lachen.) Auch der belgische Massenstreik ist durch parlamentarische Kleingewerbeten, durch Partieren mit dem Liberalismus verloren gegangen. Vandervelde hat zu seiner Verteidigung in der „Neuen Zeit“ nur Redensarten gehabt. (Der erste springt auf und ruft: Unwahr!) Ja, was verstehen Sie denn davon? (Große anhaltende Unruhe.) Ich will nicht untersuchen, ob Webel oder der vorsichtige Genosse Heine besser befähigt sind, die Verantwortung für Arbeiterblut zu tragen. Aber jeder historische Fortschritt ist mit dem Blute des Volkes erkauft worden. Aber jetzt, wo zum ersten Male dieses Blut zu gunsten des Volkes, nicht der herrschenden Klassen, vergossen werden soll, da können vorsichtige sog. Sozialdemokraten (Großer Tumult) (Glocke des Vorsitzenden) und fragen, ob wir das Blut auch verpfänden dürfen. Auch wir wollen die Massen aufklären, aber nicht so, wie jene wollen. Wir wollen sie verstehen machen, welche Kämpfe uns bevorstehen, wir wollen die revolutionäre Energie nicht dämpfen, wollen nicht die Massengegenschäfte vertuschen, wie sie seit Jahren getan haben. (Große Unruhe.) Der revolutionäre Geist ist uns viel wichtiger als Disziplin und Organisation. Organisationen werden durch den Geist wieder geschaffen wie nach dem Sozialistengesetz. Die Organisationen dürfen nicht einlast für die Bewegung werden. Man kann nicht erst hübsch Organisation und dann Aktion machen. Im Kampfe müssen die Organisationen geschaffen werden, die letzten Worte des „Kommunistischen Manifests“ sind und mehr als eine hübsche Phrase; es ist uns blutiger Ernst, wenn wir sagen, daß die Arbeiter nichts zu verlieren haben als ihre Ketten und zu gewinnen eine Welt. (Stürmischer Beifall.)

Legien: Genau die Worte, die Webel dem Genossen Briggemann vorgeworfen hat, finden sich am Schluß des Fraktionsberichts. Solche Bitterkeit beweisen nichts für die

Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.
Von Friedrich Gerstäcker.

(33 Fortsetzung.)

Auch sie hatten die Tracht der Wildnis abgelegt: den Schurz aus gegerbter Hirschhaut mit Stroh umflochten und mit Fruchtchalen verziert, dafür aber die bunten Stoffe der Weißen angenommen, von denen sie jetzt lange, bis auf die Knöchel niederreichende Kleider trugen. Es waren ein paar junge schöne Mädchen; die großen dunklen Augen in dem wilden Ritt blitzend und funkelnd, und die vollen schwarzen, nur von einem rohen Perlmutter-Schmuck zusammengehaltenen Locken lustig im Winde, mit dem Tempo der Tiere auswehend. Die vollen, üppigen Glieder der Einen umschloß dabei ein weites, brennend rotes Kleid, das dicht um den Hals anlag und in der Taille durch eine gleichfarbige ärmellose Schärpe zusammengehalten wurde. Ein schwefelgelbes Kleid, ebenfalls mit einer roten Schärpe, trug die Andere, und Weiber Hals, Arme und Füße waren bloß, wie ihr Kopf auch unbedeckt. Nach Männerart übrigens auf den sattellosen Pferden sitzend, flatterten bei dem schnellen Ritt die leichten Kleider weit aus, und verrietten mehr als sie verhallten den unteren Teil der tadellos schön geformten Beine.

Hinter ihnen drein, auf ziemlich mittelmäßigen Ponies, und dabei auch deutlich genug den niederen Rang zeigend, in dem sie selber standen, galoppierten zwei indianische Jungen von vielleicht vierzehn bis sechzehn Jahren. Auch diese hatten einen Versuch in europäischen Kleidern gemacht, und ihr Anzug bestand in Jacke und Hose — aber freilich nur zwischen Weibe gleich verteilt. Der, dem die Hose zu teill geworden, ging mit dem braunen Oberkörper nackt, der it der Jacke hatte einen lederen Schurz um die Hüften geschlagen, und jedenfalls folgten sie ihrem Herrn nur als

Diener — Reitknechte wenn man will —, die Pferde ihres Häuptlings und seiner beiden Gefährtinnen zu halten, wenn es denen gefiel abzuspringen.

In gestrecktem Galopp die Straße niederprengend, überholte der junge Häuptling jetzt den das Holz tragenden Indianer, dessen schwankender Gang unter der leichten Last nur zu deutlich verriet, welchen Lohn er für frühere Arbeit erhalten haben mochte. Im Nu riß er sein Pferd zur Seite, das sich, kaum und Schenkeldruck gehorchend, auf den Hinterbeinen herumwarf, und während ihm die beiden Mädchen links und rechts auswichen, jügelte der junge Häuptling sein schnaubendes, dampfendes Tier ein und sah finster auf den erschreckt zu ihm aufschauenden Stammesgenossen nieder.

„Kesos! — capitano!“ flammelte der Holzträger erschreckt und warf schon den Blick zur Seite, als ob er nicht übel Lust habe, nach rechts oder links auszubrechen, um dem gefährlichen Manne Raum zu geben.

„Schämst Du Dich nicht?“ sagte aber dieser mit leiser, unwillig gedämpfter Stimme — „schämst Du Dich nicht, Tibula? — Deine Lippen hast Du dem Gift der Bleichgesichter geöffnet, und, ein Krieger vom Stamm der Cahotas, trägst Du den Fremden Holz zu ihren Feuern! Soll ich Dir einen Weiberrod schicken?“

Der Indianer flammelte ein paar entschuldigende Worte vor sich hin, aber der junge Häuptling, keine Silbe darauf erwidern, hielt seinen Blick nur fest und verächtlich auf ihn gerichtet. Der Wilde sah nicht auf zu ihm, aber trotzdem fühlte er den Blick und senkte den Kopf tiefer und tiefer.

„Soll ich Dir einen Weiberrod schicken?“ flüsterte da der Häuptling noch einmal, und der Indianer, nicht mehr im Stande, den Hohn, der in den Worten lag, zu ertragen, warf die Holzlast, die er trug, von seiner Schulter mitten auf die Straße, und floh jetzt, so rasch ihn seine Füße trugen, die Straße wieder hinauf und den Bergen zu.

Ein leichtes verächtliches und doch bitteres Lächeln zuckte für einen Augenblick um die Lippen des jungen Reiters, aber er drehte den Kopf nicht nach dem Flüchtigen. Nur sein Pferd wieder herumwerfend, während die Reitinnen zur Seite lenkten und ihre munteren Tiere über das auf die Straße geworfene Holz hinüberflogen, setzte er den kaum unterbrochenen Weg so rasch als vorher fort.

Hier stieß die kleine Kavalkade aber auf noch ein Hindernis, und zwar in der Person des deutschen, hier plötzlich nach Kalifornien vertriehenen Justizrats, der eben mit der langen Peise, und jetzt einer kleinen grauen Mähle auf, seinen Spaziergang angezogen hatte, die „Stadt“ etwas in Augenschein zu nehmen. Der Justizrat hörte allerdings die galoppierenden Pferde, hatte aber so viel damit zu tun, in die rechts und links liegenden Felte hineinzuschauen, daß er gar nicht weiter darauf achtete, bis Kesos selber so dicht an ihm vorüberflog, daß er ihm sogar mit der Spitze des rechten Fußes den Ärmel streifte. Im Nu prallte er jetzt allerdings zur Seite, aber nur, um dem Mädchen mit dem feuerfarbenen Kleide gerade in den Weg zu springen, und hätte diese ihr Tier nicht so rasch herübergerissen, so wäre der arme Mann jedesfalls, gleich zum ersten Entree in den Wägen, überritten worden. So kam er mit dem Schreck davon. Die beiden kleinen nachfolgenden Durfschen hatten Zeit genug gehabt, ihm Raum zu geben, und in der nächsten Sekunde waren sie schon vorbeigefahren.

„Donnerwetter!“ sagte der Justizrat und hob die heruntergefallene Mähle wieder auf. — „Auch eine Manier? — Schwarze Heiden — Dumpepad!“ Und damit, ohne sich weiter um die Indianer zu kümmern, verfolgte er seinen vorher eingeschlagenen Weg.

Der Häuptling jügelte indessen vor dem Felte des Alcabden und unter der, sich jetzt kaum in der matten Wiese regenden, amerikanischen Flagge sein Pferd ein, sprang zur Erde, übergab den Bügel einem der ebenfalls rasch heruntergleitenden Jungen und rief den Mädchen ein paar

wirkliche Auffassung. Ich bitte den Passus über den Generalstreik in der Resolution Weibel zu streichen; ich sehe darin eine Verbeugung vor dem Anarcho-Socialismus. Alle geeigneten Mittel sagt mir genug. Die generalstreiklerische Tendenz haben die sozialistischen Organisationen seit ihrer Gründung. Wir erscheinen politischer Massenstreik und Generalstreik als ganz dasselbe. Kommt er politisch oder gewerkschaftlich, so scheint er mir der Anfang der Revolution. Sind einmal die Massen herausgehoben, so gibt es kein Zurück mehr, dann heißt es: Wiegen oder brechen. (Sehr gut!) Wenn wir aber dann vor die Bajonette getrieben werden, so hoffe ich, werden die Bajonette versagen. (Weibel: Wenn wir das schon wollten! Richard Fischer: Das ist ja die Frage!) Aber dann werden wir auch gewalttätigen Widerstand leisten müssen. Auch unsere Leute wissen mit dem Gewehr umzugehen! (Sehr gut!) In solchen Situationen können wir uns nicht an die Substantiv binden; da scheiden die Gesetze aus. (Sehr gute Zustimmung.) Sind wir aber nicht entschlossen, wenn auf uns gedrückt wird, auch zurückzuschlagen, dann können wir die Massen nicht auf die Straße führen. Ich danke für eine Revolution mit gekreuzten Armen!

Reuss-Deffau: Das Beste in der Resolution Weibel ist der Hinweis auf immer stärkere Organisation. Hoffentlich wird die heutige Debatte uns klar darüber werden lassen, daß der heutige Stand unserer Organisation nicht entfernt ausreicht, um unsere Rechte zu schützen. Das wäre ihre schärfste Wirkung. Wenn erst das Fundament gebildet ist, und man reißt uns bis aufs Blut, dann bin auch ich für den Massenstreik. In diesem Fundament fehlt noch viel. Unsere Agitation ist noch nicht intensiv genug, vorläufig lesen noch zu viele Arbeiter statt der Parteipresse die Generalanzeigerpresse, sind noch zu viele Arbeiter statt in Parteiverbänden in Kreisgruppenverbänden. Genossen Luxemburg verweist auf Rußland. Es geht nicht an, die Verhältnisse Rußlands auf unsere Verhältnisse zu übertragen. Die Massen sind auch noch lange nicht über die Berge. Schaffen wir immer mehr Aufklärung, so wird man sich es überlegen, uns anzuschließen. Tut man es dennoch, so gibt es noch andere Möglichkeiten, die Agitation abzuwehren. (Abolf Hoffmann ruft: Umjahrener! Heiterkeit.)

Freu Zetkin: Diegen und Robert Schmidt haben den Unterschied zwischen dem anarchischen Generalstreik und dem politischen Massenstreik nicht verstanden. Die anarchosozialistische Bewegung, so falsch sie nach allen Richtungen ist, zeigt jedenfalls ein übermäßig hohes Bedürfnis der Arbeiter, neue Kampfmittel den erprobten hinzuzufügen. Der Anarchismus will im Gegensatz dazu ein alleinigmachendes Kampfmittel gefunden haben, übersehen, daß wir wohl schon stark genug sein können, Attentate abzuwehren, aber nicht die Macht haben, die kapitalistische Welt aus den Angeln zu heben. Der Anarchismus übersehen, daß diese Umwälzungen abhängig sind von den konkreten historischen Verhältnissen, daß man die Gesellschaft nicht wie einen Putz umtreiben kann, wenn nicht die soziale Entwicklung einen bestimmten historischen Entwicklungs- und Reifegrad erreicht hat. Für uns soll der Generalstreik die anderen Kampfmittel nicht verdrängen, sondern erst ihren Gebrauch möglich machen und sichern. (Sehr Zustimmung.) Die juristischen Zwangsbinden sind uns nicht unter allen Umständen. Sie sind nur die juristischen Formeln für die Gewalt der herrschenden Klassen. (Stöße des Vorlesenden.) Ach! bei den anderen ist auch dreimal gellingselt worden. (Sturm. Heiterkeit.) Wenn die Reaktion rüßlich mit uns spricht, werden wir auch rüßlich antworten. (Sehr guter Beifall.) Der granitne Felsen seiner revolutionären Macht ruht im Bewußtsein des Proletariats. Darum schaffen wir unausgesetzt Aufklärung und verstärken wir unausgesetzt die Organisationen. (Sehr Beifall.)

Dr. Richard Marxburg: Ich hätte es für richtig gehalten, wenn man dem Genossen Friedeberg hier das Wort gegeben hätte. Ich teile nicht die Ansicht Weibels über die Ursache des Anarcho-Socialismus. Ich sehe etwas tieferes in dieser Bewegung. Das Tiefere sind unsere Fehler. Ich bin mit Friedeberg nicht einverstanden. Die Partei krankt nicht an zu viel Marx, sondern an zu wenig Marx. Unsere Theorie und Praxis stehen oft im Widerspruch. Wir haben wohl eine Masse hinter uns, aber sie ist nicht von sozialistischem Geist erfüllt. Soldaten, die mißhandelt werden, antworten nicht mit gleicher Mäße. In Frankreich und England würde sich so viel wie bei uns kein Soldat gefallen lassen. Bei uns trinken sozialdemokratische Arbeiter beim Fest des Doms auf das Wohl des Kaisers. Bei der Parade in Gomburg sind in Frankfurt 44 000 Fahrtarten

verkauft worden. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind in Gomburg freiwillig zu der Parade gegangen. Die Köpfe sind nicht revolutioniert. Gerade auf diese Revolutionierung müssen wir hinarbeiten. Die russische Revolution wird bei vielen von uns als Sensationsobjekt betrachtet, denn als ernste Sache.

Freu Zetkin-Hamburg: Keine sagte, er teile Zetkins Ansicht, daß hinter dem Generalstreik, wenn er wirksam sein soll, die Revolution stehen müsse. Er hat aber gesagt, wie der granitne Boden unserer Macht zu schaffen sei. Schmidt glaubt nicht an Hunger der Massen. Wer von früh auf hängen mußte, dem fällt das nicht so schwer. (Beifall.) Gehen wir auf Rußland! Wie werden dort die Massen erhalten? Dort gehen die Arbeiter immer von neuem vor, ohne Organisation, ohne Mittel. (Bollmar ruft: auch ohne Debatte.) Sind wir etwa weniger opferwillig wie die russischen Arbeiter? Man fragt, wo sind die Massen, wo ist der granitne Boden? Weibel hat schon gesagt, daß die Vorbereitung die Agitation ist. Erst wenn die Arbeiter die Verletzung ihrer Rechte als besondern Schimpf empfinden, werden sie sich wehren. Man sagt, wie haben keine militärische Disziplin. Ich meine, mit Abwergewohnheit können wir keinen Massenstreik machen. Dazu brauchen wir freie, aber aufgelockerte Massen und die müssen und können wir durch Agitation und nochmals Agitation erzielen. (Beifall.)

Dr. Karl Liebknecht-Berlin: Der formale Parlamentarismus ist, scheint mir, überwunden. Die Aufmerksamkeit lenkt sich auf außerparlamentarische Mittel, deshalb ist die Generalstreiksidee auch bei uns in Fluß gekommen. Unser Generalstreik soll nicht das Parlament erschüttern, sondern erst recht die parlamentarische Aktion unterstützen. Darin unterscheiden wir uns von den Anarcho-Socialisten. Letztere und Schmidt haben soziale praktische Bedenken geäußert. Für mich sind aber diese praktischen Bedenken durch Genossen Logen beseitigt. Logen ist der Führer der deutschen Gewerkschaften. Wir müssen die Gewerkschaften in den Vordergrund schieben. Warum sollen wir nicht das Mittel, das im kleinen wirtschaftlichen Kampf angewendet wird, im großen politischen Kampf anwenden? So groß ist der Unterschied zwischen wirtschaftlichem und politischem Streik nicht. Die Gegner des Generalstreiks verlangen die Sicherheit des Erfolges. Eine Revolutionsversicherung hat es noch niemals in der Welt gegeben. (Sehr richtig!) Die Juristerei verachtet den Menschen, macht es schwer, einen revolutionären Menschen zu schaffen, daraus erkläre ich mir die Bedenkslichkeit des Genossen Keine. (Rebner muß hier abbrechen, da seine Redezeit abgelaufen ist.)

Reiß-Röhl: Unser wichtigstes parlamentarisches Recht haben wir nicht durch Kampf gewonnen, es ist uns in den Schoß gefallen. Wie lange es sonst noch gedauert hätte, bis wir es unter der systematischen Führung Ferdinand Lassalles erobert hätten, entzieht sich unserer Kenntnis. Seitdem stehen wir auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus, wo unsere Egoisten naturgemäß mager gewesen sind. Jetzt aber müssen wir auf Mittel sinnen, um der Reaktion ein Paroli zu bieten, wenn sie dieses winzige Recht auch noch nehmen will. Die Reaktion ist zum äußersten entschlossen. Sie droht mit Reichers „blauem Schwert“, mit Döberlins „blauen Wagnen“. Wenn wir uns diese Drohungen einstecken und erst wie Keine usw. die Rechnung aufmachen, hätte es nie eine Revolution in der Weltgeschichte gegeben. Ich begrüße es, daß die Generalstreikfrage vor dem Forum des Parteitages, des ganzen Landes erörtert wird und erhoffe davon für die ganze politische Bewegung einen großen Vorteil. (Sehr guter Beifall.) (Fortsetzung im Hauptblatt.)

Uns Naga und Veru.

Die Leidensgeschichte eines ostelbischen Landarbeiters wird im „Vorwärts“ geschildert; Im April dieses Jahres wurde der Fastmann R. Paschewitsch, im Kreise Labiau, und dessen Ehefrau mit einem gewalttätigen Mitarbeiter arg beschimpft und mit Totschlag bedroht. Da der Arbeitgeber Besitzer Lindenau trotz wiederholten Wiltens nicht einschränkt, ging R. am 4. April nicht in Arbeit, weil er zum Schutz seiner Frau zu Hause bleiben mußte. Schon am 5. April erhielt er vom Amtsvorsteher die erste Strafandrohung über 15 Mk. oder drei Tage Haft wegen unrechtmäßigen Verlassen des Dienstes. Da er der Aufforderung, in den Dienst zu gehen, nicht folgte, erhielt er fortgesetzt weitere Strafbefehle über 15, 20, 30 und 60 Mk. oder zusammen 28 Tage Haft. Zwei Strafen zu 3 und 5 Tagen verbüßte R. in der Dorfkasse. Am 18. April sollte er zur Verbüßung weiterer Strafen verhaftet werden. Er widersetzte sich dem Amtsdienere. Darauf pfändete dieser eine

Nähmaschine, die der Schwiegermutter des R. gehörte. Die Beschwerde beim Landrat wegen der Verhaftungen wurde zurückgewiesen, ohne den Beschwerdeführer anzuhören. Am dritten Pfingstfesttag wurde R. zur Vernehmung bei dem Amtsvorsteher bestellt. Damit war ihm aber nur eine Falle gestellt. Ohne Verhör wurde er auf einen bereitstehenden Wagen geladen und durch den Amtsdienere nach dem nächstgelegenen Amtsgefängnis im Dorfe Mehlanen transportiert. Das dortige Amtsgericht hat die Unterbringung der Strafgefangenen auf Submission vergeben. Ein in der Nähe wohnender Kaufmann hat eine massive Scheune zu Zellen eingerichtet und dieselben an das Amtsgericht vermietet. Er hat auch gegen Bezahlung die Verpflegung der Häftlinge übernommen. Dieser Verleumdere ist auch Landwirt und brauchte zu der Zeit, als R. zur Verbüßung einer 20-tägigen Haftstrafe bei ihm eingeleistet wurde, billige Arbeitskräfte, die in der Umgegend schwer zu haben waren. Da sagte er sich: „Warum in der Hölle schweifen, sich, das Gute liegt so nahe.“ Er schloß den Mecker auf, gab dem eingesperrten Landarbeiter die Senfe in die Hand und ließ sich von ihm auf seiner Wiese Gras hauen und später Heu ernten. Diese Art Strafverbüßung wäre dem R. wohl nicht unangenehm gewesen, wenn er die durchaus nicht leichte Arbeit nicht bei der vollständig augenblicklichen Befreiung ohne jede Verpflegung hätte ausführen müssen. So wurde er aber tatsächlich auch noch sogar im Gefängnis ausgebeutet. Wohl infolge einer Beschwerde an den Regierungspräsidenten wurde er nach 10 Tagen vorläufig vom Grashauen resp. aus der Haft entlassen. Inzwischen war zu Hause bei seiner Familie große Not eingeleitet. Denn schon vor seiner Inhaftierung war es in der ganzen Umgegend herumgesprochen, es dürfe den R. niemand beschäftigen, weil das bestraft werde. Und als nun doch ein Arbeitgeber den R. beschäftigte, erhielt er vom Gutbesitzer L. einen Bittel des Inhalts zugesandt, daß, wenn er nicht sofort den kontraktbrüchigen Fastmann entlasse, er ihn bestrafen lassen werde. Nun entließ auch dieser Fastner den R. Endlich im Juli erhielt er in einer Scheidemühle Beschäftigung. Die schwer geprüfte Familie atmete auf. Aber nach mehreren Wochen wurde er, trotzdem sein Arbeitgeber ihn als fleißigen, tüchtigen Arbeiter bezeichnete, entlassen, angeblich, weil der Amtsvorsteher es verlangt hatte. Nun war auch noch eine Klage gegen R. wegen Widerstands gegen den Amtsdienere eingeleitet. Er erhielt hierfür 2 Tage Gefängnis, und weil die Klage durch zwei Instanzen gelaug, eine Gerichtsostenrechnung über 28,20 Mk. Der Besitzer L. pfändete das Schaf und Vamm der Familie. Und am 2. September ersuchten wieder der Amtsdienere, um den R. zur Verbüßung der noch fälligen 10 Tage Haft nach Mehlanen zu führen. Dieser Verhaftung entzog sich der Mann durch die Flucht. Er hat sich fern von der Familie, die sich in großer Not befindet, irgendwo nach der Provinz begeben, um, in steter Angst, verhaftet zu werden, unerkannt etwas zu verdienen. In den 5 Monaten fortgesetzter Verfolgung ist die Familie vollständig ruiniert, zu alledem vom 1. Oktober noch ohne Wohnung. In ihrer Verzweiflung wandte sich die Frau, deren Mann sich bisher nie um Politik gekümmert hatte, an die sozialdemokratische Partei in Königsberg. Diese hat denn auch durch eine Sammlung auf ihrem Parteitage die größte Not augenblicklich gelindert. Was wird aber nun weiter? Wie lange wird man einen ehrlichen Arbeiter eines nachlässigen Besitzers wegen herumziehen und Frau und Kinder zur Verweiflung treiben? Wäre der Eifer der Behörden in der Ausübung der veralteten Strafgesetze und Verordnungen nicht einer besseren Sache würdig?

Der Fall eines fortgesetzten Justizirrtums erregt, wie aus München gemeldet wird, dort großes Aufsehen. Die 21-jährige Tochter eines Paders namens Kinbsmüller ist verschiedentlich wegen Diebstahls im Rückfall zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Der Verurteilte hatte stets die Wiederaufnahme des Verfahrens beantragt, da die Kinbsmüller geistig nicht normal sei. Dieser Antrag ist bisher stets abgelehnt worden. Neuerdings brachte der Verteidiger aber das Gutachten einer Reihe von Autoritäten aus psychiatrischem Gebiet bei, wonach die Kinbsmüller an ausgeprägter dementia praecox leide und für ihre Handlungen nicht verantwortlich gemacht werden könne. Es handelte sich geradezu um einen Schulfall. Daraufhin hat der Staatsanwalt den Antrag gestellt, die Kinbsmüller unter Umgehung des Wiederaufnahmeverfahrens von der Anklage des Diebstahls im Rückfall in zwei Fällen freizusprechen und außerdem der Staatskass: die Verpflichtung aufzuerlegen, für vierzehn Monate unschuldig erlittene Gefängnisstrafe eine Entschädigung zu zahlen.

Worte zu. Diese nickten langsam mit dem Kopfe und setzten dann ihren Weg, aber jetzt im Schritt, fort, bis sie die Stadt hinter sich und eine kleine Anhöhe zwischen noch einzeln zerstreuten Zelten erreicht hatten. Dort hielten sie, um die weiteren Befehle ihres Herrn zu erwarten.

„Buenos dias!“ grüßte indessen der junge Häuptling, der ohne weiteres die Antwort zurückgeworfen hatte, die den Eingang verhäng, während er zu dem Alcalde eintrat. Dieser lag gerade in einer etwas verlängerten Stellung auf seinem Bette in der Ecke des Zeltes ausgebreitet und fuhr überrascht von seinem Lager auf. Als er aber den Häuptling erkannte, blieb er auf dem Rande seines Lagers sitzen, streckte sich ein wenig und erwiderte dann freundlich nickend:

„Buenos dias, Kesos!“ Damit hatte er aber auch ziemlich seinen ganzen Vorrat an spanischen Wörtern erschöpft und setzte dann, ohne viele Umstände, auf Englisch hinzu:

„Was willst Du?“

„Mit Dir sprechen, Richter,“ erwiderte da der Indianer in gebrochenem, wenn auch verständlichem Englisch — „doch nicht in Deiner Sprache, die mir schwer und ärgersüß auf der Zunge liegt. Schick nach Deinem Dolmetscher, denn ich habe Dir viel zu sagen.“

„Gut!“ brummte der sogenannte „Alcalde“, ein kleiner, ziemlich fetter Amerikaner, der von seinen Landsleuten, Gott weiß aus welchem Grunde, „Major“ genannt wurde — „viel zu sagen? Wäre mir gerade nicht lieb, denn ich habe mehr zu tun, als Deine indianischen Scherereien anzuhören. Was hast Du wieder?“

„Wo ist Sheriff?“ frug der junge Häuptling indessen, ohne die Frage zu beantworten.

„Wo ist Sheriff?“ wiederholte aber der Alcalde ärgerlich — „ja, wo ist Sheriff — was geht mich Sheriff an! Sheriff wird schlafen, oder Geld waschen, oder spazieren gehen, oder sonst tun, was ihm gerade gefällt. Hab' ich mich um den Sheriff zu kümmern, oder er sich um mich?“

„Gut!“ sagte indessen der Indianer.

„Gut!“ rief aber, erstaut über solche Rederei, der Friedensrichter — „das ist nicht übel: hol' ihn! als ob ich sein Stiefelpuder wäre. Hol' ihn selber, wenn Du was von ihm willst — ich brauche ihn nicht.“

„Gut!“ sagte Kesos, drehte sich ohne weiteres wo er stand herum und verließ ohne Gruß das Zelt, um den Sheriff, den er kannte, selber aufzusuchen.

Major Nyoth blieb in einer höchst unbehaglichen Stimmung zurück, denn wenn er irgend etwas auf der Welt haßte, so waren es Gesandte, mit denen ihn sein Sheriff schon überdies genug plagte. Außerdem konnte er den Einfluß, den der indianische Oberhäuptling auf die verschiedenen Stämme ausübte, und wußte, daß irgend etwas außergewöhnliches vorgefallen sein mußte, sonst hätte er keinen Dolmetscher verlangt, seine Verhandlung zu führen. — Und war von den Indianern je Geld für ihre Klage zu bekommen? — Nicht eines Wits Wert. Ja, wenn es Einer seiner Landsleute, oder gar ein Fremder gewesen wäre, der den Schutz der amerikanischen Gesetze verlangt hätte, so konnte er seine zwei bis drei Unzen, ja noch mehr fordern, und tunke keine Feder ein, bis er das Geld nicht sicher in seinem Berwahrsam hatte; aber mit den Indianern war das eine andere, höchst unerquickliche und unergiebige Sache, die selten oder nie etwas eintrug. Und doch mußte sie erledigt werden, wenn er nicht fürchten sollte, von dem Alcalde

des Districtscourt darüber zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Von den Bewohnern des Städtchens hatten sich indessen nach einige aus ihren Zelten eingefunden, um den seltenen Besuch anzusehen. Der Häuptling war nämlich überall als ein halt über seine Verhältnisse gebildeter, ja eigentlich schon halb zivilisierter Indianer bekannt, während alle die benachbarten Stämme mit wahrhaft abgöttischer Verehrung zu ihm aufschauten und seine Befehle ohne Widerrede erfüllten. So zog er, während er eigentlich bei den Calaveras-Indianern sein Hauptquartier hatte, von Stamm zu Stamm, ihre Streitigkeiten zu schlichten, ihre Beschwerden anzuhören — und leider gab es deren gerade in dieser Zeit genug. Waren die Diebstahlsfälle nicht wie ein seine Dämme brechender Strom plöcklich von allen Seiten in ihr Land gefallen, nach dem gelben Metall gierig zu suchen? Hatten sie nicht ihre Eisenhämme gefüllt, ihre Fischereien zerstört, ihr Wild gelötet oder vertrieben, und waren sie selber nicht aus ihren Jagdrevieren wie die Tiere des Waldes verjagt worden? Wo sie dabei mit ihnen zusammentrafen, erlaubten sich diese weißen Eindringlinge Uebergriffe in ihre Rechte, und die geringste Vergeltung, die sie übten, zog die Rache von Tausenden über diese sonst so harmlosen Söhne der Wildnis herauf. Und weiter und weiter wurden sie zurückgedrängt, höher und höher hinauf, nicht allein in den tiefen Schnee der Gebirge, sondern auch in die Reviere ihnen feindlicher Stämme. Und immer noch reckten die Diebstahlsfälle ihren Verfolgungen keine Grenzen, immer noch mehr Land beanspruchten sie als ihr Recht und Eigentum — wie sollte das enden? — Wo sollte endlich die Grenze gezogen werden zwischen dem weißen und roten Manne? (Fortsetzung folgt.)